

1  
2  
3  
4 **Prüfungsordnung**

5  
6 **für den Studiengang Medieninformatik**

7 **mit den Studienschwerpunkten Human-Computer Interaction, Multi-Perspective**  
8 **Product Development, Social Computing, Visual Computing, Weaving the Web**

9 **und mit dem Abschlussgrad**

10 **Master of Science**

11 **der Fakultät für Informatik und Ingenieurwissenschaften**

12 **der Technischen Hochschule Köln**  
13  
14  
15  
16  
17  
18

19 **vom**  
20 **XX. XX. 2017**  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28

29 Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des  
30 Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16. September 2014 (GV.  
31 NRW. S. 547), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 2016 (GV.NRW.2016 S. 1154), hat  
32 die Technische Hochschule Köln die folgende Prüfungsordnung als Satzung erlassen:  
33

# **Inhaltsübersicht**

## **I. Allgemeines**

- § 1 Geltungsbereich der Prüfungsordnung; Modulhandbuch und Studienplan
- § 2 Ziel des Studiums; Zweck der Prüfungen; Abschlussgrad
- § 3 Zugangsvoraussetzungen; Einstufungsprüfung
- § 4 Regelstudienzeit; Studienumfang
- § 5 Umfang und Gliederung der Prüfung; Prüfungsfrist
- § 6 Prüfungsausschuss
- § 7 Rechte und Pflichten des Prüfungsausschusses
- § 8 Beschlüsse des Prüfungsausschusses
- § 9 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer
- § 10 Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen
- § 11 Bewertung von Prüfungsleistungen
- § 12 Leistungspunkte (Credits) nach dem ECTS (European Credit Transfer System)
- § 13 Bewertung von Prüfungsleistungen nach dem ECTS-Notensystem
- § 14 Wiederholung von Prüfungsleistungen
- § 15 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung

## **II. Modulprüfungen**

- § 16 Ziel, Umfang und Form der Modulprüfungen
- § 17 Zulassung zu Modulprüfungen
- § 18 Durchführung von Modulprüfungen
- § 19 Klausurarbeiten
- § 20 Schriftliche Prüfungen im Antwortwahlverfahren
- § 21 Mündliche Prüfungen
- § 22 Weitere Prüfungsformen

## **III. Studienverlauf**

- § 23 Module und Abschluss des Studiums, Zusatzmodule
- § 24 Modulprüfungen

1  
2 **IV. Masterarbeit**

3  
4 § 25 Masterarbeit; Zweck, Thema, Prüferinnen und Prüfer

5 § 26 Zulassung zur Masterarbeit

6 § 27 Ausgabe und Bearbeitung der Masterarbeit

7 § 28 Abgabe und Bewertung der Masterarbeit

8 § 29 Kolloquium

9  
10  
11 **V. Ergebnis der Masterprüfung**

12  
13 § 30 Ergebnis der Masterprüfung

14 § 31 Zeugnis, Gesamtnote, Diploma Supplement

15  
16  
17 **VI. Schlussbestimmungen**

18  
19 § 32 Einsicht in die Prüfungsakten

20 § 33 Ungültigkeit von Prüfungen

21 § 34 Inkrafttreten; Übergangsvorschriften

22  
23  
24 **Anlage:**

25 - Studienverlaufsplan  
26  
27  
28

# I. Allgemeines

## § 1 Geltungsbereich der Prüfungsordnung; Modulhandbuch und Studienplan

(1) Diese Master-Prüfungsordnung (MPO) regelt das Studium und die Prüfungen im Studiengang **Medieninformatik** an der Technischen Hochschule Köln. **Das Studium unterteilt sich in die fünf Studienschwerpunkte Human-Computer Interaction, Multi-Perspective Product Development, Social Computing, Visual Computing, Weaving the Web.**

(2) Auf der Grundlage dieser Prüfungsordnung erstellt die Technische Hochschule Köln einen Studienverlaufsplan (Anlage) und ein Modulhandbuch. Das Modulhandbuch beschreibt Inhalt und Aufbau des Studiums unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen und hochschuldidaktischen Entwicklung und der Anforderungen der beruflichen Praxis. Der Studienverlaufsplan dient als Empfehlung an die Studierenden für einen sachgerechten Aufbau des Studiums.

## § 2 Ziel des Studiums; Zweck der Prüfungen; Abschlussgrad

(1) Die Masterprüfung vermittelt einen weiteren berufsqualifizierenden Studienabschluss, der nach § 67 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 HG zur Zulassung zum Promotionsstudium berechtigt.

(2) Das zur Masterprüfung führende Studium (§ 4) soll unter Beachtung der allgemeinen Studienziele (§ 58 HG) **den Studierenden auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse insbesondere die anwendungsbezogenen Inhalte ihres Studienfachs vermitteln.** Neben der Vermittlung von Fachwissen liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Ausbildung von

- theoretisch-analytischen, methodologischen, gestalterischen und technologischen Kompetenzen,
- Kompetenzen zum fachlichen Diskurs und zur selbstständigen Urteilsfindung und
- Kompetenzen zum fachpraktischen Handeln in komplexen Projektkontexten.

Das Studium soll zudem soziale Kompetenzen und Selbstkompetenzen wie kontextgerechte Kommunikation, Selbstständigkeit, Kreativität, Offenheit fördern und die Studierenden auf die Masterprüfung vorbereiten. Darüber hinaus gibt das Studium den Studierenden die Möglichkeit zur Spezialisierung und zur wissenschaftlichen Vertiefung.

(3) Der Studienschwerpunkt „Human-Computer Interaction“ adressiert Kompetenzen, Fähigkeiten und Fertigkeiten die im Zusammenhang mit der Leitung und dem Management von Entwicklungsprojekten innovativer, interaktiver Systeme stehen. Dies umfasst die Nutzungskontexte in verschiedensten Anwendungsbereichen kritisch zu analysieren, Problemfelder zu identifizieren, Anforderungen zu spezifizieren, angemessene Vorgehen zur Lösungsentwicklung zu konzipieren und Gestaltungslösungen zu entwickeln und zu evaluieren. Absolventen dieses Schwerpunktes arbeiten als UX-Architects, Interaction Designer oder in Positionen mit ähnlichen Rollenbezeichnungen in Unternehmen/Institutionen und sind zentrale Entscheidungsträger, wenn es um die Entwicklung interaktiver Systeme aus Nutzungs- oder Nutzerperspektive geht.

Neben den vielfältigen weiterentwickelten Kompetenzen (formale, analytische, methodologische, gestalterische, technologische, etc.) haben sie die Befähigung zum fachlichen

1 Diskurs vertieft und implementieren mit ihrer Kommunikationskompetenz eine wichtige  
2 Schnittstelle für die verschiedenen Stakeholder und Gewerke.

3  
4 (4) In dem Schwerpunkt "Multi-Perspective Product Development" entwickeln und vertie-  
5 fen die Studierenden ihre Kompetenz, die typische Heterogenität vieler Medieninformatik-  
6 Projekte von der Methodik über die technologische bis hin zur sozio-technischen Kompo-  
7 nente zu verstehen und zu bewältigen. In solchen Projekten haben die unterschiedlichen  
8 Stakeholder oft eigene Perspektiven, die durch ihre Fachsprachen, Methoden und Tech-  
9 niken sowie Verantwortlichkeiten definiert werden. Die Schnittstellen zwischen diesen  
10 Perspektiven sind in aller Regel nicht offensichtlich, da das Wissen oft implizit ist oder in  
11 vielfältiger Weise dargestellt wird. Die Studieninhalte sind daher entsprechend dieser he-  
12 terogenen Bedingungen eher breit angelegt. Das Studienziel ist die Qualifikation, in Pro-  
13 jekten der Medieninformatik auf breiter wissenschaftlicher Basis federführend mitzuwirken  
14 und sie organisieren und leiten zu können.

15  
16 (5) In dem Studienschwerpunkt „Social Computing“ werden die Wechselwirkungen zwi-  
17 schen Gesellschaft und Informatik in den Mittelpunkt gestellt. Rechnersysteme und Netz-  
18 werke werden von Menschen intentional gestaltet, ausgerichtet an gesellschaftlichen Nor-  
19 men, Prozessen und Bedürfnissen. Gleichzeitig beeinflussen IT-Systeme diese gesell-  
20 schaftlichen Normen und verändern Prozesse in allen Lebensbereichen. Die verantwor-  
21 tungsbewusste Konzeption und Realisierung von soziotechnischen Systemen (z.B. Social  
22 Software, Online Communities, e-Health, e-government und e-Learning Angebote) sowie  
23 die empirische Evaluation existierender Systeme sind zentrale Ziele. Lösungen sollen un-  
24 ter ganzheitlichen Gesichtspunkten entwickelt werden. Verschiedene Wertvorstellungen  
25 und Interessen unterschiedlicher Stakeholder müssen identifiziert und berücksichtigt wer-  
26 den.

27 Der Studienschwerpunkt „Social Computing“ verbindet daher Theorien, Modelle und Me-  
28 thodik der Human- und Sozialwissenschaften mit anwendungsorientierter Informatik. Stu-  
29 dierende sollen in der Lage sein, computergestützte Systeme nach ethischen, politischen,  
30 sozialen und psychologischen Kriterien bewerten, planen und umsetzen zu können. Ziel  
31 ist es, soziale Innovation durch digitale Anwendungen entstehen zu lassen. Neben den  
32 empirischen Methoden werden Designmethoden vermittelt, sowohl auf der konzeptionel-  
33 len als auch auf der softwaretechnischen Implementierungsebene, um robuste, sichere  
34 und flexible Systeme zu gestalten.

35  
36 (6) Der Studienschwerpunkt „Visual Computing“ steht an der Schnittstelle von Computer-  
37 grafik, Computer Vision, Mensch-Maschine-Kommunikation, Bild- und Videoverarbeitung,  
38 sowie Visualisierung. Ziel des Studienschwerpunktes ist es, den Studierenden ein solides  
39 Fundament bildbasierter und bildgebender Verfahren zu vermitteln, indem die Entwick-  
40 lung praktischer Algorithmen und Programme anhand ihrer theoretischen Grundlagen er-  
41 lernt wird. Zusätzlich sollen die Studierenden in die Lage versetzt werden, die entwickel-  
42 ten Applikationen zu bewerten, zu präsentieren und auf ihre ethischen Konsequenzen hin  
43 zu prüfen.

44 Die hohe Interdisziplinarität ist ein Innovationsfaktor und bietet Schlüsseltechnologien zur  
45 Lösung aktueller Problemstellungen in der Informatik, wie z.B. Virtual Engineering, Visual  
46 Analytics, Virtual- und Augmented Reality, Medizintechnik, Robotik, Animation und Bild-  
47 synthese. Anwendungen des Visual Computing finden sich in den verschiedensten Berei-  
48 chen, z.B. in der Unterhaltungsindustrie (Visuelle Effekte, Computerspiele, Filmindustrie,  
49 360° und 3D Videos), der Medizin (medizinische Bildverarbeitung, digitale Operationspla-  
50 nung), der Automobilindustrie (Fahrerassistenzsysteme), der industriellen Fertigung (vi-  
51 suelle Qualitätskontrolle), der Internettechnologien und Mobilgeräte (Remote Rendering,

1 Multimediale Datenbanken, Augmented Reality Anwendungen) und der digitalen Fotogra-  
2 fie.

3  
4 (7) Der Studienschwerpunkt „Weaving the Web“ stellt die Entwicklung von Produkten und  
5 Diensten im Web in den Mittelpunkt. Dabei wird der gesamte Lebenszyklus von der Erar-  
6 beitung einer Vision, der eigentlichen Software Entwicklung bis hin zu der Verwertung als  
7 Produkt und/oder Publikation adressiert. Als charakterisierende Merkmale für die Entwick-  
8 lung von Produkten und Diensten im Web ist die Einbettung in ein Netz von Prozessen  
9 und Informationsflüssen vorgesehen, die Dienste, Informationen, Personen und Geräte  
10 im Web zusammenfassen, der Fokus auf Offenheit, sowohl bei den verwendeten Tech-  
11 nologien, Frameworks und Plattformen als auch die Haltung in der Kommunikation im  
12 Team und gegenüber der Community und die konsequente Anwendung agiler Vorge-  
13 hensmodelle sowie die Nutzung des Wissens und des kreativen Potentials von Nutzern  
14 durch Community Management.

15  
16  
17 (8) Lehrveranstaltungen können auch in englischer Sprache abgehalten werden.

18  
19 (9) Der Studiengang baut konsekutiv auf den Bachelor-Studiengang Medieninformatik  
20 der Fakultät für **Informatik und Ingenieurwissenschaften** an der Technischen Hochschule  
21 Köln auf.

22  
23 (10) Durch die Masterprüfung (§ 5) soll festgestellt werden, ob der Prüfling weitere für  
24 eine selbstständige Tätigkeit im Beruf notwendige gründlichen Fachkenntnisse erworben  
25 hat und befähigt ist, auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden  
26 selbstständig zu arbeiten und zu forschen.

27  
28 (11) Mit dem Bestehen der in § 5 aufgeführten Prüfungen wird der berufsqualifizierende  
29 und wissenschaftliche Abschluss des Studiums erreicht. Auf Grund der bestandenen Prü-  
30 fungen wird nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen der Hochschulgrad "Mas-  
31 ter of **Science**" verliehen.

### § 3 Zugangsvoraussetzungen; Einstufungsprüfung

(1) Als Voraussetzung für die Aufnahme des Studiums wird der erfolgreiche Abschluss eines Hochschulstudiums in einem Studiengang der **Informatik** mit dem Mindestabschlussgrad „Bachelor of **Science**“ oder eines anderen einschlägigen Studiengangs gefordert. Ein Studiengang gilt als einschlägig, wenn dieser Studiengang Informatik-Inhalte von mindestens 70 ECTS beinhaltet. Die Entscheidung über die Einschlägigkeit trifft im Zweifel der Prüfungsausschuss.

(2) Studienbewerberinnen und -bewerber, die die Qualifikation nach Absatz 1 besitzen und zusätzlich Kenntnisse und Fähigkeiten auf andere Weise als durch ein Studium erworben haben, sind nach dem Ergebnis der Einstufungsprüfung gem. § 49 Abs. 12 HG in einem entsprechenden Abschnitt des Studienganges zum Studium zuzulassen, soweit nicht Regelungen über die Vergabe von Studienplätzen entgegenstehen. Das Nähere regelt die Einstufungsprüfungsordnung der Technischen Hochschule Köln.

(3) In Ausnahmefällen kann die Aufnahme des Studiums bereits vor dem Erwerb der Zugangsvoraussetzungen nach Absatz 1 erfolgen, wenn diese spätestens innerhalb von sechs Monaten, gerechnet ab dem Zeitpunkt der Einschreibung, nachgewiesen wird.

(4) Als weitere Studienvoraussetzung für die Aufnahme des Studiums muss der erfolgreiche Abschluss der deutschen Sprachprüfung für den Hochschulzugang (DSH - Stufe 2 - Regelfall) nachgewiesen werden, sofern es sich um Studierende handelt, die ihre Hochschulzugangsberechtigung oder ihren ersten berufsqualifizierenden Abschluss nicht an einer deutschsprachigen Einrichtung erworben haben.

(5) Die Einschreibung ist zu versagen, wenn die Studienbewerberin bzw. der Studienbewerber im Geltungsbereich des Grundgesetzes die Master-, die Diplom- oder eine sonstige Abschlussprüfung im Studiengang **Informatik** endgültig nicht bestanden oder den Prüfungsanspruch in diesem Studiengang verloren hat. Die Einschreibung ist ebenfalls zu versagen, wenn die Studienbewerberin bzw. der Studienbewerber im Geltungsbereich des Grundgesetzes in einem anderen Studiengang der **Informatik** eine vergleichbare Prüfung, die einer vorgeschriebenen Prüfung in diesem Studiengang entspricht, endgültig nicht bestanden oder den Prüfungsanspruch hierin verloren hat.

### § 4 Regelstudienzeit; Studienumfang

(1) Das Studium umfasst eine Regelstudienzeit von vier Semestern. Der Gesamtstudienumfang beträgt 120 Leistungspunkte (§ 12) nach dem European Credit Transfer System (ECTS). Die Regelstudienzeit schließt die Prüfungszeit ein.

1 (2) Das Studium ist in einzelne Module untergliedert. Das Nähere zum Studienaufbau  
2 ergibt sich aus § 23 und dem Studienverlaufsplan (Anlage).

3  
4 (3) Die Studierenden haben nach Maßgabe des § 59 HG das Recht, Lehrveranstaltungen  
5 auch außerhalb des von ihnen gewählten Studiengangs zu besuchen.

6  
7 (4) Die Aufnahme in das erste Semester des Studiengangs erfolgt sowohl zum Winter-  
8 als auch zum Sommersemester.

## 14 § 5 Umfang und Gliederung der Prüfung; Prüfungsfrist

15  
16 (1) Der Studienerfolg wird durch studienbegleitende Prüfungen (Modulprüfungen) und  
17 einen abschließenden Prüfungsteil (Masterarbeit und Kolloquium) festgestellt. Gruppen-  
18 prüfungen sind zulässig.

19  
20 (2) Die Modulprüfungen sollen jeweils zu dem Zeitpunkt stattfinden, an dem das zuge-  
21 hörige Modul im Studium nach dem Studienplan abgeschlossen ist. Dabei soll der Studi-  
22 enverlaufsplan gewährleisten, dass der Prüfling alle Modulprüfungen bis zum Ende des  
23 vierten Studienseesters ablegen kann.

24  
25 (3) Die Meldung zum abschließenden Teil der Masterprüfung (Antrag auf Zulassung  
26 zur Masterarbeit) gem. § 26 soll in der Regel vor Ende des vorletzten Fachsemesters  
27 erfolgen.

28  
29 (4) Die Prüfungsverfahren berücksichtigen die gesetzlichen Mutterschutzfristen und  
30 die Fristen der Elternzeit sowie Ausfallzeiten durch die Pflege oder Versorgung von Ehe-  
31 gatten, eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern oder eines in gerader Li-  
32 nie Verwandten oder ersten Grades Verschwägerten, wenn diese oder dieser pflege- oder  
33 versorgungsbedürftig ist.

## 39 § 6 Prüfungsausschuss

40  
41 (1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zuge-  
42 wiesenen Aufgaben bildet die Fakultät für **Informatik und Ingenieurwissenschaften** einen  
43 Prüfungsausschuss. Der Prüfungsausschuss ist ein unabhängiges Prüfungsorgan der Fa-  
44 kultät.



(2) Der Prüfungsausschuss wird vom Fakultätsrat gewählt und besteht aus sieben Personen:

1. der oder dem Vorsitzenden und der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden aus dem Kreis der Professorinnen oder Professoren;
2. zwei weiteren Mitgliedern aus dem Kreis der Professorinnen oder Professoren;
3. einem Mitglied aus dem Kreis der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder der Lehrkräfte für besondere Aufgaben;
4. zwei Mitgliedern aus dem Kreis der Studierenden.

(3) Mit Ausnahme der oder des Vorsitzenden und der oder des stellvertretenden Vorsitzenden sollen für alle Mitglieder des Prüfungsausschusses auch eine Vertreterin oder ein Vertreter gewählt werden. Die Amtszeit der hauptberuflich an der Hochschule tätigen Mitglieder und ihrer Vertreterinnen oder Vertreter beträgt zwei Jahre, die der studentischen Mitglieder und ihrer Vertreterinnen oder Vertreter ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig.

## **§ 7 Rechte und Pflichten des Prüfungsausschusses**

(1) Der Prüfungsausschuss übernimmt die Prüfungsorganisation, achtet auf die Einhaltung der Prüfungsordnung und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen.

(2) Darüber hinaus hat der Prüfungsausschuss dem Fakultätsrat über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten auf Verlangen zu berichten. Er gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung, des Modulhandbuchs und der Studienpläne. Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle (insbesondere Rücktrittersuchen) auf die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses übertragen; dies gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche.

(3) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und eine Beauftragte oder ein Beauftragter des **Präsidiums** haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungen zugegen zu sein. Ausgenommen sind studentische Mitglieder des Prüfungsausschusses, die sich zu demselben Prüfungszeitraum der gleichen Prüfung zu unterziehen haben.

(4) Der Prüfungsausschuss tagt nicht-öffentlich.

## **§ 8 Beschlüsse des Prüfungsausschusses**

(1) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder dem oder der stellvertretenden Vorsitzenden ein weiteres Mitglied aus dem Kreis der Professorinnen oder Professoren und mindestens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Er beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. Die studentischen Mitglieder sowie die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Prüfungsausschusses wirken bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei der Anerkennung oder sonstigen Beurteilung von Studien- und Prüfungsleistungen, sowie bei der Bestellung von Prüferinnen und Prüfern oder Beisitzerinnen und Beisitzern nicht mit. An der

1 Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten, die die Festlegung von Prüfungs-  
2 aufgaben oder die ihre eigene Prüfung betreffen, nehmen die studentischen Mitglieder  
3 des Prüfungsausschusses nicht teil.

4  
5 (2) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, deren Vertreterinnen oder Vertreter, die  
6 Prüferinnen und Prüfer sowie die Beisitzerinnen und Beisitzer unterliegen der Amtsver-  
7 schwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsit-  
8 zende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu ver-  
9 pflichten.

10  
11 (3) Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses bzw. seiner oder seines  
12 Vorsitzenden sind der betroffenen Studentin oder dem betroffenen Studenten unverzüg-  
13 lich mitzuteilen. Der betroffenen Studentin oder dem betroffenen Studenten ist vorher Ge-  
14 legenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.

## 15 16 17 **§ 9 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer**

18  
19 (1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und  
20 Beisitzer. Zur Prüferin oder zum Prüfer darf nur bestellt werden, wer selbst mindestens  
21 die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt und,  
22 sofern nicht zwingende Gründe eine Abweichung erfordern, in dem Prüfungsfach eine  
23 einschlägige, selbständige Lehrtätigkeit ausgeübt hat.

24 [Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens die entspre-](#)  
25 [chende Masterprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt oder eine vergleichbare](#)  
26 [Qualifikation erworben hat \(sachkundige Beisitzerin oder sachkundiger Beisitzer\).](#) Die  
27 Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.

28  
29 (2) Der Prüfling kann für mündliche Prüfungen (mit Ausnahme mündlicher Ergän-  
30 zungsprüfungen, falls diese in dem Studiengang vorgesehen sind) eine Prüferin oder ei-  
31 nen Prüfer oder mehrere Prüferinnen oder Prüfer vorschlagen. Er kann ferner eine Prüfe-  
32 rin oder einen Prüfer als Betreuerin bzw. Betreuer der Masterarbeit vorschlagen. Auf den  
33 Vorschlag des Studenten oder der Studentin ist nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

34  
35 (3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Prüfungsverpflichtungen möglichst  
36 gleichmäßig auf die Prüferinnen und Prüfer verteilt werden. Die oder der Vorsitzende des  
37 Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass dem Prüfling die Namen der Prüferinnen oder  
38 Prüfer rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Bekanntgabe soll zugleich mit der Zulas-  
39 sung zur Prüfung, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der Prüfung oder der Aus-  
40 gabe der Masterarbeit erfolgen. Die Bekanntgabe durch Aushang oder ein elektronisches  
41 Prüfungsverwaltungssystem ist ausreichend.

## 42 43 44 **§ 10 Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen**

45  
46 (1) Studien- und Prüfungsleistungen, die im gleichen Studiengang oder in dem glei-  
47 chen Modul an der Technischen Hochschule Köln erbracht worden sind, werden  
48 von Amts wegen übertragen.

49  
50 (2) Im Übrigen werden Studien- und Prüfungsleistungen, die im Geltungsbereich des  
51 Übereinkommens über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich

in der europäischen Region vom 11. April 1997 (BGBl. II 2007, S. 712 – so genannte Lissabonner Anerkennungskonvention) erbracht worden sind, nur auf Antrag anerkannt, wenn sie sich nicht nachweislich wesentlich von den geforderten Studien- und Prüfungsleistungen unterscheiden. Wird die Anerkennung solcher Leistungen abgelehnt, ist hierüber ein begründeter Bescheid zu erteilen. Im Falle einer beabsichtigten Ablehnung kann das Präsidium zur Überprüfung der Entscheidung angerufen werden.

(3) Studien- und Prüfungsleistungen, die in Studiengängen außerhalb des Geltungsbereichs der Lissabonner Anerkennungskonvention erbracht worden sind, werden auf Antrag entsprechend Absatz 2 anerkannt.

(4) Leistungen, die außerhalb eines Studiums erbracht worden sind, können auf Antrag als Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt werden, wenn sie gleichwertig zu den geforderten Studien- und Prüfungsleistungen sind.

(5) Für Studien- und Prüfungsleistungen, die anerkannt werden, wird die entsprechende Anzahl von Leistungspunkten nach dem ECTS laut Studienverlaufsplan (Anlage) gutgeschrieben. Unbenotete Prüfungsleistungen aus anderen Hochschulen oder anderen Studiengängen werden nach den Absätzen 2 und 3 anerkannt. Sie werden im Zeugnis entsprechend gekennzeichnet und bei der Gesamtnotenbildung nicht berücksichtigt.

(6) Die nach den Absätzen 1 bis 5 erforderlichen Feststellungen und Entscheidungen trifft der Prüfungsausschuss oder ein/e durch diesen Beauftragte/r, im Zweifelsfall nach Anhörung der für die betreffenden Module zuständigen Prüferinnen und Prüfer.

## § 11 Bewertung von Prüfungsleistungen

(1) Prüfungsleistungen sind durch Noten differenziert und nachvollziehbar zu beurteilen, die Bewertung ist auf Anforderung des Prüfungsausschusses schriftlich zu begründen. Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer festgesetzt.

(2) Benotete Prüfungsleistungen im Sinne des Absatz 1 sind alle Modulprüfungen des Studiengangs **sowie die Masterarbeit und das Kolloquium**.

(3) Sind mehrere Prüferinnen oder Prüfer an einer Prüfung beteiligt, so bewerten sie die Gesamtprüfungsleistung gemeinsam, sofern nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist. Bei nicht übereinstimmender Beurteilung **oder in Fällen, in denen die Modulprüfung aus mehreren Einzelleistungen oder einer Kombination unterschiedlicher Prüfungsformen besteht**, ist die Gesamtnote aus dem nach den zu erreichenden Credits gewichteten arithmetischen Mittel der jeweiligen Einzelbewertungen zu bilden.

(4) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1,0/1,3 = sehr gut = eine hervorragende Leistung;

1,7/2,0/2, =	gut	= eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
2,7/3,0/3, =	befriedigend	= eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
3, 7/4,0	= ausreichend	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5	= nicht ausreichend	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind ausgeschlossen.

(5)	Bei der Bildung von Noten aus Zwischenwerten ergibt ein rechnerischer Wert	
	bis 1,5	die Note "sehr gut"
	über 1,5 bis 2,5	die Note "gut"
	über 2,5 bis 3,5	die Note "befriedigend"
	über 3,5 bis 4,0	die Note "ausreichend"
	über 4,0	die Note "nicht ausreichend"

Hierbei werden Zwischenwerte nur mit der ersten Dezimalstelle berücksichtigt; alle weiteren Stellen hinter dem Komma werden ohne Rundung gestrichen.

(6) Eine Prüfung ist bestanden, wenn die Prüfungsleistung mindestens als "ausreichend" bewertet worden ist. Besteht die Modulprüfung aus mehreren einzelnen Prüfungsleistungen, ist das Modul bestanden, wenn alle einzelnen Prüfungsleistungen bestanden sind.

(7) Die Bewertung der Prüfungsleistungen muss innerhalb von sechs Wochen erfolgen und den Studierenden mitgeteilt werden. Die Bekanntmachung durch Aushang oder ein elektronisches Prüfungsverwaltungssystem ist ausreichend. Die Bewertung der Masterarbeit ist den Studierenden nach spätestens acht Wochen mitzuteilen.

## § 12 Leistungspunkte (Credits) nach dem ECTS (European Credit Transfer System)

(1) Jeder Lehrveranstaltung des Master-Studiengangs werden Leistungspunkte zugeordnet, die eine Anerkennung im Rahmen des European Credit Transfer Systems (ECTS) ermöglichen. Sie sind ein quantitatives Maß für den zeitlichen Arbeitsaufwand, bestehend aus Präsenzzeiten, Zeiten für Vor- und Nachbereitung der Veranstaltung, Selbststudium sowie für Prüfung und Prüfungsvorbereitung, den durchschnittlich begabte Studierende aufbringen müssen, um die Lehrveranstaltung erfolgreich abzuschließen.

(2) Der für ein erfolgreiches Studium nach Studienplan zugrunde gelegte Arbeitsaufwand für ein Studienjahr liegt bei 60 Leistungspunkten. Dabei entspricht 1 Leistungspunkt einem studentischen Arbeitsaufwand von 30 Stunden.

(3) Leistungspunkte werden nur bei erfolgreichem Abschluss eines Moduls vergeben. Das bedeutet, dass für jede mindestens mit "ausreichend" bestandene, benotete Modulprüfung im Sinne des § 11 Abs. 2 und 6 die volle Punktzahl unabhängig von der erreichten Einzelnote vergeben wird. Insgesamt sind für den erfolgreichen Abschluss des Masterstudiums **120** Leistungspunkte erforderlich.

(4) Die Zuordnung von Leistungspunkten zu einzelnen Modulen sowie zu der **Masterarbeit und dem Kolloquium** ergibt sich aus dem Studienverlaufsplan (Anlage) und wird im Modulhandbuch näher erläutert.

(5) An anderen Hochschulen innerhalb und außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes nach dem ECTS erbrachte Leistungspunkte werden **nach § 10** maximal mit der Punktzahl anerkannt, die für die Leistung im aktuellen Studiengang vorgesehen ist.

### **§ 13 Bewertung von Prüfungsleistungen nach dem ECTS-Notensystem**

Das den Studierenden ausgestellte Zeugnis nach § 31 Abs. 1 weist auch eine relative Einstufung der Gesamtnote nach der ECTS-Noteneinstufungstabelle aus. Der Studiengang bildet dabei die Referenzgruppe, innerhalb derer alle vergebenen Gesamtnoten über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren erfasst und die Notenverteilung in Bezug auf die jeweiligen Prozentsätze berechnet wird. Die Tabelle mit den Benotungsprozentsätzen ist Bestandteil des Diploma Supplements nach § 31 Abs. 7.

### **§ 14 Wiederholung von Prüfungsleistungen**

(1) Modulprüfungen können, wenn sie nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, wiederholt werden. Ist eine Modulprüfung nicht bestanden und besteht die Prüfung eines Moduls aus mehreren Einzelleistungen oder einer Kombination unterschiedlicher Prüfungsformen beschränkt sich die Wiederholung auf die jeweils nicht bestandenen Einzelleistungen.

Die Wiederholung muss im nächsten Prüfungszeitraum nach dem erfolglosen Versuch stattfinden. Wenn die Wiederholung nicht innerhalb eines Jahres nach dem erfolglosen

Versuch stattgefunden hat, verliert der oder die Studierende den Prüfungsanspruch für diesen Prüfungsversuch. Die zweite Wiederholungsprüfung hat ebenfalls im nächsten Prüfungszeitraum nach dem erfolglosen ersten Wiederholungsversuch zu erfolgen. Sollte die zweite Wiederholungsprüfung nicht innerhalb eines Jahres nach dem erfolglosen zweiten Versuch stattgefunden haben, verliert der oder die Studierende den Prüfungsanspruch endgültig. Satz 3 und 5 gilt nicht, wenn der oder die Studierende nachweist, dass sie oder er das Versäumnis der Frist nicht zu vertreten hat. Bei der Berechnung der Wiederholungsfristen im Sinne der Sätze 2 und 4 bleiben Zeiten obligatorischer oder fakultativer Praxis- oder Auslandssemester oder einer Beurlaubung unberücksichtigt.

(2) Im Falle des Nichtbestehens können die Masterarbeit und das Kolloquium je einmal und die Modulprüfungen je zweimal wiederholt werden.

(3) Eine mindestens als "ausreichend" (4,0) bewertete Prüfung kann nicht wiederholt werden.

## **§ 15 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung**

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, wenn der Prüfling zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt oder die Prüfungsleistungen nicht vor Ablauf der Prüfungszeit erbringt. Satz 1 gilt entsprechend, wenn der Student oder die Studentin die Masterarbeit nicht fristgemäß abliefern.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich angezeigt, schriftlich dargelegt und glaubhaft nachgewiesen werden. Bei Krankheit des Studenten oder der Studentin wird die Vorlage eines nachvollziehbaren ärztlichen Attestes verlangt, aus dem hervorgeht, dass sie oder er prüfungsunfähig ist. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, so wird dem Prüfling mitgeteilt, dass er die Zulassung zu der entsprechenden Prüfungsleistung erneut beantragen kann.

(3) Versucht der Student oder die Studentin, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zulässiger Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Das Mitführen nicht zulässiger Hilfsmittel stellt bereits eine Täuschungshandlung dar. Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer bzw. der oder dem Aufsichtsführenden, in der Regel nach Abmahnung, von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. Wird der Prüfling von der weiteren Erbringung einer Prüfungsleistung ausgeschlossen, kann er verlangen, dass diese Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird. Dies gilt entsprechend bei Feststellungen einer Prüferin oder eines Prüfers bzw. einer oder eines Aufsichtsführenden gemäß Satz 1. Auf die Ahndungsmöglichkeiten des § 63 Abs. 5 HG wird hingewiesen.



(4) Unzulässige Hilfsmittel sind alle nicht ausdrücklich zur jeweiligen Prüfung zugelassenen Unterlagen bzw. Arbeitshilfen. Für schriftliche Ausarbeitungen gilt, dass die Übernahme fremden geistigen Eigentums (Textstellen, Bilder, Statistiken pp. anderer Urheber aus offline- oder online-Quellen) als Zitate zu kennzeichnen sind. Die Wiederholung einer Prüfung im Falle eines Plagiatsvorwurfs kann von der Erfüllung von Auflagen, etwa der erfolgreichen Teilnahme an einem Seminar oder Workshop zur Technik wissenschaftlichen Arbeitens, abhängig gemacht werden. Im Falle extremer Plagiate (vollständige Übernahme längerer Textpassagen, die nicht als Zitate gekennzeichnet sind) oder im Falle eines mehrfachen oder sonstigen schwerwiegenden Täuschungsversuches kann der Prüfungsausschuss beschließen, dass die Prüfung als endgültig nicht bestanden gilt.

## **II. Modulprüfungen**

### **§ 16 Ziel, Umfang und Form der Modulprüfungen**

(1) Das Studium ist in einzelne Module unterteilt, die jeweils mit einer Prüfung abgeschlossen werden. Der Inhalt eines Moduls kann in einer oder mehreren Veranstaltungen mit unterschiedlichen Lehr- und Lernformen vermittelt werden und erstreckt sich auf ein (ggf. höchstens zwei) Studiensemester. Die Modulprüfung kann sich in mehrere einzelne Prüfungsleistungen mit gleicher oder unterschiedlicher Prüfungsform nach den §§ 19 bis 22 untergliedern. In den Prüfungen soll festgestellt werden, ob die Studierenden Inhalt und Methoden der Module in den wesentlichen Zusammenhängen beherrschen und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten selbständig anwenden können.

(2) Die Prüfungsanforderungen sind auf der Grundlage der angebotenen Lehrveranstaltungen an den für das Modul definierten Lernergebnissen zu orientieren, die im Modulhandbuch für das betreffende Modul beschrieben werden. Relevante Fachinhalte vorangegangener Module können vorausgesetzt werden. Lehrveranstaltungen und Prüfungen können auch in englischer Sprache abgehalten werden. Näheres ergibt sich aus den §§ 23 und 24 sowie dem Studienverlaufsplan (Anlage ) und dem Modulhandbuch.

(3) Die Prüfungsform orientiert sich an den Erfordernissen des jeweiligen Moduls. Dabei sind schriftliche Klausurarbeiten (§§ 19, 20) mit einer Bearbeitungszeit von mindestens einer und höchstens drei Zeitstunden, mündliche Prüfungen (§ 21) von 10 bis 30 Minuten Dauer pro Prüfling und weitere Prüfungsformen (§ 22) sowie Kombinationen dieser Prüfungsformen zulässig.

Die Gesamtprüfungsbelastung der Studierenden je Modulprüfung soll bei Modulprüfungen, die eine Kombination mehrerer Prüfungsformen beinhalten, nicht höher liegen, als bei Vorliegen von nur einer Prüfungsform.

(4) Der Prüfungsausschuss legt in der Regel zu Beginn eines Semesters im Benehmen mit den Prüferinnen und Prüfern für jedes Modul die Prüfungsform und die Prüfungsmodalitäten unter Beachtung der Studierbarkeit und der Modulbeschreibung fest. Besteht die Prüfung innerhalb eines Moduls aus mehreren Einzelleistungen oder einer Kombination unterschiedlicher Prüfungsformen, ist darüber hinaus auch die Gewichtung der einzelnen Prüfungsteile zueinander festzulegen. Ist keine besondere Gewichtung festgelegt, ist die Gesamtnote aus dem nach den zu erreichenden Credits gewichteten arithmetischen Mittel der jeweiligen Einzelbewertungen zu bilden.

Der Prüfungszeitraum für die Klausuren und mündlichen Prüfungen wird vom Prüfungsausschuss in der Regel zwei Monate vor dem Prüfungszeitraum für alle Studierenden der jeweiligen Modulprüfung einheitlich und verbindlich festgelegt. Für gesetzte Prüfungstermine gelten die Regelungen des Absatzes 5.

(5) Im Falle weiterer Prüfungsformen legt die Prüferin oder der Prüfer den Terminplan für die Erbringung der Prüfungsleistungen im ersten Viertel der Veranstaltung fest und zeigt dies dem Prüfungsausschuss an. In dieser Zeitspanne gibt die Prüferin oder der Prüfer den Terminplan für die Erbringung der Prüfungsleistungen bekannt. Die Bekanntgabe durch Aushang oder ein elektronisches Prüfungsverwaltungssystem ist ausreichend. § 18 Abs. 1 Satz 2 findet keine Anwendung.

## § 17 Zulassung zu Modulprüfungen

(1) Der Antrag auf Zulassung ist in dem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Anmeldungszeitraum über das vom Studierenden- und Prüfungsservice zur Verfügung gestellte elektronische An- und Abmeldeverfahren oder ggf. schriftlich an den Studierenden- und Prüfungsservice zu richten. Der Student oder die Studentin muss sich durch Einsicht in die Zulassungslisten davon überzeugen, dass die Anmeldung korrekt vermerkt ist. Nur zugelassene Studierende dürfen an der Prüfung teilnehmen.

(2) Zu einer Prüfung kann nur zugelassen werden, wer

1. an der Technischen Hochschule Köln als Studentin oder Student eingeschrieben oder zugelassen ist,
2. als Zweithörer oder Zweithörerin nach § 52 Abs. 1 und 2 HG an der Technischen Hochschule Köln noch keinen Prüfungsversuch in diesem Fach als Ersthörerin oder Ersthörer an anderen Hochschulen unternommen und sich auch nicht dazu angemeldet hat.

(3) Für die Zulassung zu den Modulprüfungen kann das Bestehen weiterer Modulprüfungen zur Voraussetzung gemacht werden; Näheres hierzu regelt § 24 in Verbindung mit dem Studienverlaufsplan (Anlage).



1  
2  
3  
4  
5  
6 (4) Die in dem Zulassungsantrag genannten Module aus den Wahlpflichtmodulen, in  
7 denen der Prüfling die Modulprüfung ablegen will, sind mit der Antragstellung verbindlich  
8 festgelegt. Im Übrigen gilt Absatz 6.  
9

10 (5) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen oder bis zu einem vom Prüfungs-  
11 ausschuss festgesetzten Termin nachzureichen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt  
12 wurden:

- 13 1. die Nachweise über die in den Absätzen 2 und 3 genannten Zulassungsvorausset-  
14 zungen,
- 15 2. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung entsprechender Prüfungen  
16 sowie über bisherige Versuche zur Ablegung einer Master- oder sonstigen Ab-  
17 schlussprüfung im gleichen Studiengang, und
- 18 3. eine Erklärung darüber, ob bei mündlichen Prüfungen einer Zulassung von Zuhö-  
19 rerinnen oder Zuhörern widersprochen wird.  
20

21 Ist es dem Prüfling nicht möglich, eine nach Satz 1 erforderliche Unterlage in der vorge-  
22 schriebenen Weise beizufügen, kann der Prüfungsausschuss gestatten, den Nachweis  
23 auf andere Art zu führen.  
24

25 (6) Der Antrag auf Zulassung zu einer Modulprüfung kann schriftlich beim Studieren-  
26 den- und Prüfungsservice bzw. über das vom Studierenden- und Prüfungsservice zur Ver-  
27 fügung gestellte An- und Abmeldeverfahren bis **eine Woche** vor dem festgesetzten Prü-  
28 fungstermin ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückge-  
29 nommen werden.  
30  
31  
32  
33

34 (7) Über die Zulassung zur Modulprüfung entscheidet die oder der Vorsitzende des  
35 Prüfungsausschusses und im Zweifelsfall der Prüfungsausschuss.  
36

37 (8) Die Zulassung ist zu versagen, wenn  
38 a) die in Absätzen 2 bis 4 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind o-  
39 der  
40 b) die Unterlagen unvollständig sind und nicht bis zu dem vom Prüfungs-  
41 ausschuss festgesetzten Termin ergänzt werden oder  
42 c) der Prüfling eine entsprechende Prüfung in einem vergleichbaren Studi-  
43 engang endgültig nicht bestanden oder im Geltungsbereich des Grund-  
44 gesetzes die Master- oder eine sonstige Abschlussprüfung im gleichen  
45 Studiengang endgültig nicht bestanden hat oder  
46 d) der Prüfling im Geltungsbereich des Grundgesetzes seinen Anspruch auf  
47 Teilnahme an einer nach der Prüfungsordnung erforderlichen Prüfung,  
48 z.B. durch Versäumen einer Wiederholungsfrist, verloren hat.  
49  
50  
51

## § 18 Durchführung von Modulprüfungen

(1) Für die Modulprüfungen nach §§ 19 und 20 ist in der Regel ein Prüfungstermin in jedem Semester anzusetzen. Prüfungstermine sollen innerhalb von Prüfungszeiträumen stattfinden, die vom Prüfungsausschuss festgesetzt und bei Semesterbeginn oder zum Ende des vorhergehenden Semesters bekannt gegeben werden. Während dieses Prüfungszeitraums sollen keine Lehrveranstaltungen stattfinden.

(2) Die Termine der einzelnen Prüfungen und die Zulassung zur Prüfung werden den Studierenden rechtzeitig, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der betreffenden Prüfung, bekannt gegeben. Die Bekanntgabe durch Aushang oder ein elektronisches Prüfungsverwaltungssystem ist ausreichend.

(3) Studierende haben sich auf Verlangen mit einem amtlichen Lichtbildausweis auszuweisen.

(4) Macht eine Studentin oder ein Student durch ein ärztliches Zeugnis oder auf andere Weise glaubhaft, dass sie oder er wegen einer Behinderung oder chronischen Erkrankung im Sinne des § 3 Behindertengleichstellungsgesetz nicht in der Lage ist, die Prüfung oder die Studienleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Verlängerung der Bearbeitungszeit für Prüfungsleistungen bzw. der Fristen für das Ablegen von Prüfungen oder die Erbringung gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form gestatten. Kommen verschiedene gleichwertige Nachteilsausgleiche in Betracht, entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses über Form, Zeitpunkt und Dauer der Prüfung nach pflichtgemäßem Ermessen. Diese Regelung gilt entsprechend für Studienleistungen und Zulassungsprüfungen. Die Sätze 1 bis 3 finden in Ausnahmefällen auch bei einer vorübergehenden gesundheitlichen Beeinträchtigung Anwendung.

(5) Prüfungsleistungen in Prüfungen, mit denen der Studiengang abgeschlossen wird, und in Wiederholungsprüfungen, deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums ist, sind von mindestens zwei Prüferinnen oder Prüfern zu bewerten. Bei nicht übereinstimmender Bewertung einer Klausurarbeit ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.

## § 19 Klausurarbeiten

(1) In den Klausurarbeiten soll der Prüfling nachweisen, dass er in begrenzter Zeit und mit beschränkten Hilfsmitteln Probleme aus Gebieten des jeweiligen Moduls mit geläufigen wissenschaftlichen Methoden seiner Fachrichtung erkennt und auf richtigem Wege zu einer Lösung finden kann.

(2) Eine Klausurarbeit findet unter Aufsicht statt. Über die Zulassung von Hilfsmitteln entscheidet die Prüferin oder der Prüfer.

(3) Die Klausurarbeit wird in der Regel von nur einer Prüferin oder einem Prüfer gestellt. In fachlich begründeten Fällen, insbesondere wenn in einem Modul mehrere Fachgebiete zusammenfassend geprüft werden, kann die Prüfungsaufgabe auch von mehreren Prüferinnen oder Prüfern gestellt werden. In diesem Fall legen die Prüferinnen oder die Prüfer die Gewichtung der Anteile an der Prüfungsaufgabe vorher gemeinsam fest;

1 ungeachtet der Anteile und ihrer Gewichtung beurteilt jede Prüferin oder jeder Prüfer die  
2 gesamte Klausurarbeit. Abweichend davon kann der Prüfungsausschuss wegen der Be-  
3 sonderheit eines Fachgebietes bestimmen, dass die Prüferin oder der Prüfer nur den Teil  
4 der Klausurarbeit beurteilt, der ihrem oder seinem Fachgebiet entspricht. In diesem Fall  
5 wird die Bewertung entsprechend der vorher festgelegten Gewichtung der Anteile berück-  
6 sichtigt. § 18 Abs. 5 bleibt unberührt.

7  
8 (4) Mit elektronischen Hilfen durchgeführte Prüfungen werden wie schriftliche Prüfungen  
9 behandelt.

10 .

## 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 **§ 20 Schriftliche Prüfungen im Antwortwahlverfahren**

26  
27 (1) Klausurarbeiten können ganz oder teilweise auch in der Form des Antwortwahlver-  
28 fahrens durchgeführt werden. Hierbei haben die Studierenden unter Aufsicht schriftlich  
29 gestellte Fragen durch die Angabe der für zutreffend befundenen Antworten aus einem  
30 Katalog vorgegebener Antwortmöglichkeiten zu lösen. Das Antwortwahlverfahren kommt  
31 in dazu geeigneten Modulen auf Antrag der Prüfenden und mit Zustimmung des Prüfungs-  
32 ausschusses zur Anwendung.

33  
34 (2) Die Prüfungsfragen müssen auf die mit dem betreffenden Modul zu vermittelnden  
35 Kenntnisse und Qualifikationen abgestellt sein und zuverlässige Prüfungsergebnisse er-  
36 möglichen.

37  
38 (3) Die Festlegung der Prüfungsfragen und der vorgegebenen Antwortmöglichkeiten  
39 (Prüfungsaufgaben) erfolgt durch die Prüfenden. Dabei ist auch schriftlich festzuhalten,  
40 welche der Antwortmöglichkeiten als zutreffende Lösung der Prüfungsfragen anerkannt  
41 werden.

42  
43 (4) Die Bewertung der schriftlichen Arbeit hat folgende Angaben zu enthalten:  
44 1. Die Zahl der gestellten und die Zahl der vom Prüfling zutreffend beant-  
45 worteten Prüfungsfragen,  
46 2. die erforderliche Mindestzahl zutreffend zu beantwortender Prüfungsfra-  
47 gen (Bestehensgrenze),  
48 3. im Falle des Bestehens die Prozentzahl, um die die Anzahl der zutreffend  
49 beantworteten Fragen die Mindestanforderungen übersteigt,  
50 4. die vom Studenten oder von der Studentin erzielte Note.  
51

(5) Die Prüfenden haben bei der Auswertung der Prüfungsleistungen aller Studierenden darauf zu achten, ob sich aufgrund der Häufung fehlerhafter Antworten auf bestimmte Prüfungsfragen Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Prüfungsaufgabe fehlerhaft formuliert war. Ergibt sich nach der Durchführung der Prüfung, dass einzelne Prüfungsfragen oder Antwortmöglichkeiten fehlerhaft sind, gelten die betreffenden Prüfungsaufgaben als nicht gestellt. Die Zahl der Prüfungsaufgaben vermindert sich entsprechend, bei der Bewertung ist die verminderte Aufgabenzahl zugrunde zu legen. Die Verminderung der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil der Studierenden auswirken.

(6) Mit elektronischen Hilfen durchgeführte Prüfungen werden wie schriftliche Prüfungen behandelt.

## **§ 21 Mündliche Prüfungen**

(1) Mündliche Prüfungen werden, außer in Fällen des § 18 Abs. 5, vor einer Prüferin oder einem Prüfer in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin oder eines sachkundigen Beisitzers (§ 9 Abs. 1) oder vor mehreren Prüferinnen oder Prüfern (Kollegialprüfung) als Gruppenprüfungen oder als Einzelprüfungen abgelegt. Werden in einer Prüfung mehrere Fachgebiete gemeinsam geprüft, wird jeder Prüfling in jedem Fachgebiet grundsätzlich nur von einer Prüferin oder einem Prüfer geprüft, es sei denn, es liegt ein Fall des § 18 Abs. 5 vor. Vor der Festsetzung der Note hat die Prüferin oder der Prüfer die Beisitzerin oder den Beisitzer oder die anderen Prüferinnen oder Prüfer zu hören.

(2) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung, insbesondere die für die Benotung maßgeblichen Tatsachen, sind in einem Protokoll festzuhalten. Die Note ist den Studierenden im Anschluss an die Prüfung bekannt zu geben.

(3) Studierenden des gleichen Studiengangs soll bei mündlichen Prüfungen die Teilnahme als Zuhörerin oder Zuhörer nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse ermöglicht werden, sofern nicht ein Prüfling bei der Meldung zur Prüfung widersprochen hat. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

## **§ 22 Weitere Prüfungsformen**

(1) Neben Klausurarbeiten und mündlichen Prüfungen können für Modulprüfungen auch andere Prüfungsformen vorgesehen werden, insbes. Referat, Hausarbeit, Projektbericht oder mündlicher Beitrag.

(2) Die Prüfungen der weiteren Prüfungsformen werden in der Regel von einer Prüferin oder einem Prüfer bewertet, soweit nicht ein Fall des § 18 Abs. 5 vorliegt.

(3) Ein Referat ist im Lehr- bzw. Lernzusammenhang der Lehrveranstaltung zu halten. Es umfasst die eigenständige systematische Aufarbeitung eines Themas oder Themengebietes der jeweiligen Lehrveranstaltung unter Einbeziehung der einschlägigen Literatur. In einem kurzen Vortrag von in der Regel 15 Minuten bis 30 Minuten soll die Diskussion über die entsprechende Thematik eröffnet und vertieft werden.

(4) Eine Hausarbeit (z.B. Fallstudie, Recherche) dient der Feststellung, ob der Prüfling befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Fachaufgabe nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbstständig in schriftlicher Form zu bearbeiten. Das Thema und der Umfang (z. B. Seitenzahl des Textteils) der Hausarbeit werden von der Prüferin bzw. dem Prüfer zu Beginn des Semesters festgelegt. Die Note für die Hausarbeit ist dem Prüfling spätestens drei Wochen nach Abgabe der Hausarbeit bekannt zu geben.

(5) Ein Projektbericht (Abschlussbericht) dient der Feststellung, ob der Prüfling befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine praxisorientierte Aufgabe nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden alleine oder in einem Projektteam selbstständig zu bearbeiten.

(6) Ein mündlicher Beitrag (z. B. Präsentation, Verhandlung, Moderation) dient der Feststellung, ob der Prüfling befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine praxisorientierte Aufgabe nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbstständig zu bearbeiten und mittels verbaler Kommunikation fachlich angemessen darzustellen. Die Dauer des mündlichen Beitrags wird von der Prüferin bzw. dem Prüfer zu Beginn des Semesters festgelegt. Die für die Benotung des mündlichen Beitrags maßgeblichen Tatsachen sind in einem Protokoll festzuhalten. Die Note ist dem Prüfling spätestens eine Woche nach dem mündlichen Beitrag bekannt zu geben.

(7) Hausarbeiten, Projektberichte und mündliche Beiträge können auch in Form einer Gruppenarbeit zur Prüfung zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen Studierenden aufgrund der Angabe von Abschnitten, Arbeitsgebieten, Seitenzahlen (bei Hausarbeiten) oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist.

### III. Studienverlauf

## § 23 Module und Abschluss des Studiums, Zusatzmodule

(1) Im Studium sind in allen vorgeschriebenen Modulen (Pflicht- und Wahlpflichtmodulen) Modulprüfungen in den Prüfungsformen der §§ 19 – 22 abzulegen. Die Module des Studiums sind in § 24 aufgeführt, die Prüfungsformen sind, sofern sie nicht vom Prüfungsausschuss im Einzelnen festgelegt werden (§ 16 Abs. 4 Satz 1) dem Modulhandbuch zu entnehmen. Wahlmöglichkeiten ergeben sich aus dem Studienplan und werden im Modulhandbuch näher erläutert.

(2) Der Studienverlauf, die Prüfungsverfahren und der Studienplan sind so zu gestalten, dass alle gem. § 5 Abs. 1 zu absolvierenden Prüfungen bis zum Ende des **vierten** Semesters vollständig abgelegt werden können.

(3) Der Prüfling kann sich in mehr als den zur Erreichung der vorgeschriebenen Zahl von Leistungspunkten erforderlichen Modulen einer Prüfungsleistung unterziehen (Zusatzmodule). Die Ergebnisse dieser Prüfungsleistungen werden auf Antrag des Prüflings in das Zeugnis aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht berücksichtigt. Bei der Anmeldung legt der Prüfling verbindlich fest, welches Fach als Zusatzmodul gelten soll. Als Prüfung in Zusatzmodulen gilt auch, wenn der Prüfling aus einem Katalog von Wahlpflichtmodulen mehr als die vorgeschriebene Anzahl auswählt und durch Modulprüfungen abschließt. In diesem Fall gelten die zuerst abgelegten Modulprüfungen als die vorgeschriebenen Prüfungen, es sei denn, dass der Prüfling vor der ersten Prüfung etwas anderes bestimmt hat.

## § 24 Modulprüfungen

## § 24 Modulprüfungen

(1) Im Studiengang sind in folgenden Modulen Prüfungen abzulegen:

- |                                     |      |
|-------------------------------------|------|
| 1. Spezielle Gebiete der Mathematik | 6 CP |
| 2. Computerethik                    | 6 CP |



3. Research Methods	6 CP
4. Projekt I (Vision und Konzept)	12 CP
5. Projekt II (Entwicklung)	12 CP
6. Projekt III (Forschung, Evaluation/Assessment, Verwertung)	12 CP
7. Schwerpunktmodul 1	6 cp
8. Schwerpunktmodul 2	6 cp
9. Schwerpunktmodul 3	6 cp
10. Wahlpflichtfach 1	6 cp
11. Wahlpflichtfach 2	6 cp
12. Wahlpflichtfach 3	6 cp

Einzelheiten hierzu ergeben sich aus dem Modul- und Studienverlaufsplan (s. Anlage).

#### IV. Masterarbeit und Kolloquium

##### § 25 Masterarbeit; Zweck, Thema, Prüferinnen oder Prüfer

(1) Die Masterarbeit ist eine schriftliche Hausarbeit. Sie ist in der Regel eine eigenständige Untersuchung mit einer Aufgabenstellung aus der Medieninformatik und einer ausführlichen Beschreibung und Erläuterung ihrer Lösung. Sie soll zeigen, dass der Prüfling befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Aufgabe aus seinem Fachgebiet sowohl in ihren fachlichen Einzelheiten als auch in den fachübergreifenden Zusammenhängen nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbständig zu bearbeiten. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit ist auch bei der Abschlussarbeit zu berücksichtigen.

(2) Das Thema der Masterarbeit kann von jeder Professorin und jedem Professor, die oder der nach § 9 Abs. 1 zur Prüferin bzw. Prüfer bestellt werden kann, gestellt und die Bearbeitung von ihr oder ihm betreut werden. Auf Antrag des Prüflings kann der Prüfungsausschuss auch eine Honorarprofessorin oder einen Honorarprofessor oder mit entsprechenden Aufgaben betraute Lehrbeauftragte gemäß § 9 Abs. 1 zur Betreuerin oder zum Betreuer bestellen, wenn feststeht, dass das vorgesehene Thema der Masterarbeit nicht durch eine fachlich zuständige Professorin oder einen fachlich zuständigen Professor betreut werden kann. Die Masterarbeit darf mit Zustimmung der oder des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses in einer Einrichtung außerhalb der Hochschule durchgeführt werden, wenn sie dort ausreichend betreut werden kann. Dem Studierenden ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für den Themenbereich der Masterarbeit zu machen. Prüferinnen und Prüfer anderer Fakultäten können in fachlich geeigneten Fällen ebenfalls als Betreuerin oder Betreuer gewählt werden.

(3) Auf Antrag sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass ein Prüfling rechtzeitig ein Thema für die Masterarbeit erhält.

(4) Die Masterarbeit kann auch in der Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der oder des Einzelnen aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine

1 eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die  
2 Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.

3  
4 (5) Die Masterarbeit kann nach Absprache mit der oder dem Vorsitzenden des Prü-  
5 fungsausschusses und der Erstprüferin oder dem Erstprüfer auch in englischer Sprache  
6 verfasst werden.

## 7 8 9 **§ 26 Zulassung zur Masterarbeit**

10  
11 (1) Zur Masterarbeit kann zugelassen werden, wer die Zulassungsvoraussetzungen  
12 gemäß § 17 Abs. 2 und 5 erfüllt und aus den nach § 24 vorgeschriebenen Prüfungen  
13 insgesamt 75 Leistungspunkte gem. § 12 erreicht hat.

14  
15  
16  
17  
18  
19  
20 (2) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich über den Studierenden- und Prüfungsser-  
21 vice an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem  
22 Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, sofern sie nicht bereits vorgelegt wurden:

- 23 a. die Nachweise über die in Absatz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
- 24 b. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Bearbeitung einer Masterarbeit oder
- 25 einer anderen Abschlussprüfung und zur Ablegung der Masterprüfung.
- 26 c. eine Erklärung darüber, welche Prüferin oder welcher Prüfer zur Vorbereitung des
- 27 Themas und zur Betreuung der Masterarbeit bereit ist, und
- 28 d. die Angabe des Themenvorschlages der Masterarbeit.

29  
30 (3) Der Antrag auf Zulassung kann schriftlich bis zur Bekanntgabe der Entscheidung  
31 über den Antrag ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurück-  
32 genommen werden.

33  
34 (4) Über die Zulassung entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschus-  
35 ses und in Zweifelsfällen der Prüfungsausschuss. Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- 36 a) die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt oder
- 37 b) die Unterlagen unvollständig sind oder
- 38 c) im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine entsprechende Abschlussarbeit des
- 39 Prüflings ohne Wiederholungsmöglichkeit als "nicht ausreichend" bewertet wor-
- 40 den ist oder der Prüfling eine der in Absatz 2 Satz 2 Nr. 2 genannten Prüfungen
- 41 endgültig nicht bestanden hat.

42 Im Übrigen darf die Zulassung nur versagt werden, wenn der Prüfling im Geltungsbereich  
43 des Grundgesetzes seinen Prüfungsanspruch im gleichen Studiengang, z.B. durch Ver-  
44 säumen einer Wiederholungsfrist, verloren hat.

## 45 46 47 **§ 27 Ausgabe und Bearbeitung der Masterarbeit**

48  
49 (1) Die Ausgabe der Masterarbeit erfolgt über die Vorsitzende oder den Vorsitzenden  
50 des Prüfungsausschusses. Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem die oder der  
51 Vorsitzende des Prüfungsausschusses das von der Betreuerin oder dem Betreuer der



1 Masterarbeit gestellte Thema dem Studenten oder der Studentin bekannt gibt; der Zeit-  
2 punkt ist aktenkundig zu machen.

3  
4 (2) Die Bearbeitungszeit (Zeitraum von der Ausgabe bis zur Abgabe der Masterarbeit)  
5 beträgt 24 Wochen. Das Thema und die Aufgabenstellung müssen so beschaffen sein,  
6 dass die Masterarbeit innerhalb der vorgesehenen Frist abgeschlossen werden kann. Im  
7 Ausnahmefall kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses aufgrund eines  
8 vor Ablauf der Frist gestellten begründeten Antrages die Bearbeitungszeit um bis zu vier  
9 Wochen verlängern. Die Betreuerin oder der Betreuer der Masterarbeit soll zu dem Antrag  
10 gehört werden

11  
12 (3) Das Thema der Masterarbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten vier  
13 Wochen der Bearbeitungszeit ohne Angabe von Gründen zurückgegeben werden. Im  
14 Falle der Wiederholung gemäß § 14 Abs. 2 ist die Rückgabe nur zulässig, wenn der Stu-  
15 dent oder die Studentin bei der Anfertigung seiner ersten Masterarbeit von dieser Mög-  
16 lichkeit keinen Gebrauch gemacht hatte.

17  
18 (4) § 18 Abs. 4 findet entsprechende Anwendung.  
19  
20

## 21 § 28 Abgabe und Bewertung der Masterarbeit

22  
23 (1) Die Masterarbeit ist fristgemäß dreifach in gebundener Form und einmal auf elekt-  
24 ronischem Datenträger im Format eines allgemein gängigen Textverarbeitungspro-  
25 gramms bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder einer von ihr oder  
26 ihm hierfür benannten Stelle abzuliefern. Die Übermittlung durch Telekommunikationsge-  
27 räte ist ausgeschlossen. Außerdem ist die Masterarbeit zum Zwecke der Plagiatsüberprü-  
28 fung an die durch den Studierenden- und Prüfungsservice angegebene Internetadresse  
29 zu übermitteln. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen; bei Zustellung der  
30 Arbeit durch die Post ist der Zeitpunkt der Einlieferung bei der Post maßgebend. Bei der  
31 Abgabe der Masterarbeit hat die bzw. der Studierende schriftlich zu versichern, dass sie  
32 bzw. er die Arbeit - bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten Anteil  
33 der Arbeit - selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zita-  
34 ten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Jede/r Studierende hat au-  
35 ßerdem mit Abgabe der Masterarbeit ihr/sein Einverständnis zu erklären, dass ihre/seine  
36 Arbeit mit Hilfe einer Plagiatserkennungssoftware auf möglicherweise nicht kenntlich ge-  
37 machte übernommene Textpassagen oder sonstige Quellen hin überprüft wird. Auf die  
38 Ahndungsmöglichkeit von Täuschungsversuchen nach § 15 Abs. 3 wird hingewiesen. Im  
39 Übrigen greifen die Regelungen zu Täuschungsversuchen gem. § 15 Abs. 2 und 3.  
40  
41  
42  
43  
44

45 (2) Die Masterarbeit ist von zwei Prüferinnen oder Prüfern zu bewerten. Eine der Prü-  
46 ferinnen oder einer der Prüfer soll die Betreuerin oder der Betreuer der Masterarbeit sein.  
47 Die andere Prüferin bzw. der andere Prüfer wird vom Prüfungsausschuss bestimmt. Im  
48 Fall des § 25 Abs. 2 S. 2 und 3 muss sie oder er eine Professorin oder ein Professor sein.  
49 Bei nicht übereinstimmender Bewertung durch die Prüferinnen oder Prüfer wird die Note  
50 der Masterarbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, wenn die  
51 Differenz der beiden Noten weniger als 2,0 beträgt. Beträgt die Differenz 2,0 oder mehr,

1 wird vom Prüfungsausschuss eine dritte Prüferin oder ein dritter Prüfer bestimmt. In die-  
2 sem Fall ergibt sich die Note der Masterarbeit aus dem arithmetischen Mittel der beiden  
3 besseren Einzelbewertungen. Die Masterarbeit kann jedoch nur dann als "ausreichend"  
4 oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei der Noten "ausreichend" oder bes-  
5 ser sind.

## 8 § 29 Kolloquium

10 (1) Das Kolloquium ergänzt die Masterarbeit, ist selbständig zu bewerten und soll inner-  
11 halb von sechs Wochen nach Abgabe der Masterarbeit stattfinden. Es dient der Feststel-  
12 lung, ob der Student oder die Studentin befähigt ist, die Ergebnisse der Masterarbeit, ihre  
13 fachlichen und methodischen Grundlagen, fachübergreifende Zusammenhänge und au-  
14 ßerfachlichen Bezüge mündlich darzustellen, selbständig zu begründen und ihre Bedeu-  
15 tung für die Praxis einzuschätzen.

17 (2) Zum Kolloquium kann nur zugelassen werden,  
18 (a) wer sämtliche Modulprüfungen bestanden hat,  
19 (b) als Student oder Studentin oder als Zweithörer oder Zweithörerin gemäß § 52  
20 Abs. 2 HG eingeschrieben oder zugelassen ist und  
21 (c) wessen Masterarbeit mindestens mit „ausreichend“ bewertet worden ist.

23 Der Antrag auf Zulassung zum Kolloquium ist schriftlich an den Studierenden- und Prü-  
24 fungsservice zu richten. Dem Antrag sind die Nachweise über die in Absatz 2 genannten  
25 Zulassungsvoraussetzungen beizufügen, sofern sie nicht bereits dem Studierenden- und  
26 Prüfungsservice vorliegen. Der Student oder die Studentin kann die Zulassung zum Kol-  
27 loquium bereits bei der Zulassung zur Masterarbeit nach § 26 beantragen; in diesem Fall  
28 erfolgt die Zulassung zum Kolloquium, sobald alle erforderlichen Nachweise und Unterla-  
29 gen dem Studierenden- und Prüfungsservice vorliegen.

31 (3) Das Kolloquium wird in der Regel von den Prüferinnen und Prüfern der Masterarbeit  
32 abgenommen und bewertet. Im Fall des § 28 Abs. 2 wird das Kolloquium von den Prüfe-  
33 rinnen und Prüfern abgenommen, aus deren Einzelbewertungen die Note der Masterar-  
34 beit gebildet worden ist.

37 (4) Das Kolloquium wird als mündliche Prüfung von etwa 30 Minuten Dauer durchgeführt.  
38 Die Vorschriften für mündliche Modulprüfungen (§ 21) finden entsprechende Anwendung.

40 (5) Das Kolloquium kann einmal wiederholt werden.

42 (6) Für die bestandene Masterarbeit und das bestandene Kolloquium werden zusammen  
43 30 Leistungspunkte im Sinne von § 12 vergeben. Die Gewichtung der schriftlichen Lei-  
44 stung (Masterarbeit) erfolgt mit 24 Leistungspunkten. Die Gewichtung der mündlichen Lei-  
45 stung (Kolloquium) erfolgt mit 6 Leistungspunkten.

## V. Ergebnis der Masterprüfung

### § 30 Ergebnis der Masterprüfung

(1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn **120** Leistungspunkte erbracht worden sind. Dies setzt voraus, dass alle geforderten Modulprüfungen bestanden sowie die Masterarbeit und das Kolloquium mindestens als „ausreichend“ bewertet worden sind.

(2) Die Masterprüfung ist nicht bestanden, wenn eine der in Absatz 1 genannten Prüfungsleistungen endgültig als "nicht ausreichend" bewertet worden ist oder als "nicht ausreichend" bewertet gilt. Über die nicht bestandene Masterprüfung wird ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Auf Antrag stellt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach der Exmatrikulation eine Bescheinigung aus, die die erbrachten Prüfungs- und Studienleistungen und deren Benotung sowie die zur Masterprüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält. Aus der Bescheinigung muss hervorgehen, dass der Student oder die Studentin die Masterprüfung endgültig nicht bestanden hat. Auf Antrag stellt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses eine Bescheinigung aus, die nur die erbrachten Prüfungs- und Studienleistungen und deren Benotung enthält.

### § 31 Zeugnis, Gesamtnote, Diploma Supplement

(1) Über die bestandene Masterprüfung wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen nach der letzten Prüfungsleistung, ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält die Noten und Leistungspunkte aller Modulprüfungen, das Thema und die Noten und Leistungspunkte der Masterarbeit **und des Kolloquiums** sowie die Gesamtnote der Masterprüfung und gegebenenfalls, bei einer von anderen Hochschulen übernommenen bzw. anerkannten Leistung, deren Herkunft.

(2) Die Gesamtnote der Masterprüfung ergibt sich als Durchschnitt der mit ihren Leistungspunkten gewichteten Noten der Modulprüfungen und der Masterarbeit. Hat der Prüfling aus dem Wahlpflichtkatalog mehr als die erforderlichen Module ausgewählt und mit mindestens „ausreichend“ bestanden, gehen diejenigen Modulnoten in die Berechnung der Gesamtnote ein, die zuerst abgelegt wurden, sofern nichts anderes vorab bestimmt worden ist.

(3) In die Gesamtnote fließen die Noten von Zusatzmodulen gem. § 23 Abs. 3 nicht ein.

1 (4) Das Zeugnis ist von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu un-  
2 terzeichnen und trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht  
3 worden ist.

4  
5 (5) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird dem Studenten oder der Studentin die Master-  
6 urkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des  
7 Mastergrades gemäß § 2 Abs. 6 beurkundet.

8  
9 (6) Die Masterurkunde wird von der Dekanin oder dem Dekan der Fakultät für **Infor-**  
10 **matik und Ingenieurwissenschaften** und der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsaus-  
11 schusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Technische Hochschule Köln versehen.

12  
13 (7) Gleichzeitig mit Zeugnis und Urkunde wird ein Diploma Supplement in englischer  
14 Sprache entsprechend den Richtlinien und Vereinbarungen der Hochschulrektorenkonfe-  
15 renz ausgestellt.

## 16 17 18 **VI. Schlussbestimmungen**

### 19 20 21 **§ 32 Einsicht in die Prüfungsakten**

22  
23 Nach Ablegung des jeweiligen Versuchs einer Modulprüfung bzw. der Masterarbeit und  
24 des Kolloquiums wird der Studentin bzw. dem Studenten auf Antrag Einsichtnahme in die  
25 betreffende schriftliche Prüfungsarbeit, in ggf. vorhandene darauf bezogene Gutachten  
26 der Prüfenden und in das Prüfungsprotokoll einer mündlichen Prüfung gewährt. Die Ein-  
27 sichtnahme in eine mindestens mit „ausreichend“ bewertete Masterarbeit ist erst nach  
28 Ablegung des darauf bezogenen Kolloquiums möglich. Die Einsichtnahme ist binnen ei-  
29 nes Monats nach Bekanntgabe der Note der Modulprüfung bzw. der Aushändigung des  
30 Prüfungszeugnisses oder der Bescheinigung über das endgültige Nichtbestehen der Mas-  
31 terprüfung bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu beantragen. Die  
32 oder der Vorsitzende bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

### 33 34 35 **§ 33 Ungültigkeit von Prüfungen**

36  
37 (1) Hat der Student oder die Studentin bei einer Prüfung getäuscht und wird diese  
38 Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses, der Masterurkunde oder der Be-  
39 scheinigungen nach § 30 Abs. 2 Satz 3 und 5 bekannt, so kann der Prüfungsausschuss  
40 nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der Stu-  
41 dent oder die Studentin getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Masterprüfung  
42 ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

43  
44 (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne  
45 dass der Student oder die Studentin hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache  
46 erst nach Aushändigung des Zeugnisses, der Masterurkunde oder der Bescheinigung  
47 nach § 30 Abs. 2 Satz 3 und 5 bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der  
48 Prüfung geheilt. Hat der Student oder die Studentin die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht  
49 erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrens-  
50 gesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

(3) Das unrichtige Prüfungszeugnis, die Masterurkunde und das Diploma Supplement oder die unrichtige Bescheinigung nach § 30 Abs. 2 Satz 3 und 5 und § 31 Abs. 1 und 6 sind einzuziehen und gegebenenfalls neu zu erteilen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses oder der Bescheinigung nach § 30 Abs. 2 Satz 3 und 5 ausgeschlossen.

### § 34 Inkrafttreten; Übergangsvorschriften

(1) Diese Masterprüfungsordnung tritt mit Wirkung vom 1. September 2017 in Kraft und wird in den Amtlichen Mitteilungen der Technische Hochschule Köln veröffentlicht.

(2) Diese Prüfungsordnung gilt für alle Studierenden, die ab dem Wintersemester 2017/2018 ein Studium im Studiengang Medieninformatik an der Fakultät für Informatik und Ingenieurwissenschaften der Technische Hochschule Köln aufnehmen.

(3) Vor dem Wintersemester 2017/2018 an der Technische Hochschule Köln in den Masterstudiengang Medieninformatik eingeschriebene Studierende erhalten die Möglichkeit, ihr begonnenes Studium unter Beachtung ihrer bisherigen Studienplanung fortzusetzen und bis spätestens Ende des Wintersemesters 2019/2020 abzuschließen. Hierzu werden durch den Prüfungsausschuss gesondert Verfahrensregelungen getroffen. Die Prüfungsordnung für den Studiengang Medieninformatik der Technische Hochschule Köln vom 7. Januar 2011 (Amtliche Mitteilung XX /2011) tritt mit Wirkung vom 29. Februar 2020 außer Kraft.

(4) Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrats der Fakultät für Informatik und Ingenieurwissenschaften der Technische Hochschule Köln vom XXX und nach rechtlicher Überprüfung durch das Präsidium der Technische Hochschule Köln vom (Datum.....).

Köln, den (Datum)

Der Präsident  
der Technischen Hochschule Köln  
In Vertretung

(Prof. Dr. Klaus Becker)

#### Anlage(n):

- Studienverlaufsplan